

## Mehr Geld für den Metzgermeister?

**Nationalrat verabschiedet mit grossem Mehr die Bildungsverfassung – Kantone werden damit zurückgebunden**

**Die Berufsausbildung soll der universitären Bildung gleichgestellt werden. Hand in Hand brachten Gewerbler und Gewerkschafter einen entsprechenden Vorstoss in die Bildungsverfassung ein.**

Das Resultat ist deutlich ausgefallen: Mit 106 zu 62 Stimmen wurde ein Einzelantrag des Berners Pierre Triponez angenommen, der in der Bildungsverfassung eine «Gleichwertigkeit» von rein schulischer und beruflicher Ausbildung verlangt. Auch Teile der CVP, der FDP und eine fast geschlossene SP stellten sich hinter das Anliegen, das kurz vor der Debatte eingebracht worden war. «Damit haben wir die Berufsbildung für die Zukunft gestärkt», erklärt nach der Abstimmung der zufriedene Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Unterstützung erhielt Triponez in der gestrigen Debatte von der Linken, namentlich den Gewerkschaften. Rund siebzig Prozent aller Jugendlichen würden heute eine Berufslehre machen, da sei es unabdingbar, dass diese Form der Ausbildung gestützt werde, sagte Chantal Galladé (ZH) im Namen der SP-Fraktion. Triponez' Vorstoss sei auch in Zusammenarbeit mit den Linken entstanden, sagte Galladé. Die SP hatte einen entsprechenden Vorstoss in der Hinterhand, reichte diesen dann aber nicht ein, sondern stellte sich hinter Triponez.

Das Hohelied auf die duale Berufsbildung sang gestern auch die SVP. Die Verankerung der «Gleichwertigkeit» in der Verfassung sei für die Stärkung der Berufsbildung ein wichtiger Schritt.

Woher kommt das Geld?

Doch was heisst eigentlich «gleichwertig»? Triponez will sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht auf Details festlegen. Es gehe ihm primär um den Grundsatz, den er gerne verankert haben möchte. Alles andere müsse dann auf der Ebene der Gesetze geregelt werden. Klar sagt er aber auch, dass bis zur Maturität und dem Lehrabschluss heute bereits mehr oder weniger Gleichwertigkeit herrsche. Die Schere öffne sich bei den Zusatzausbildungen. Wer heute eine Meisterprüfung mache, müsse oft aus dem eigenen Sack Tausende von Franken bezahlen, im Gegensatz zu universitären Ausbildungen. Deshalb sei er der Ansicht, dass mehr Geld in die Berufsausbildung fliessen müsse. Doch während Triponez dabei primär an eine Umverteilung der Bildungsgelder denkt, spricht die Linke von zusätzlichen Mitteln, die in den Bildungstopf fliessen müssen. Denn eine Umverteilung der Gelder würde heissen, dass zum Beispiel die Studiengebühren erhöht werden müssten. Kein Parlamentarier, keine Parlamentarierin wies die Bedeutung der Berufsausbildung zurück. Trotzdem stellten sich aber vor allem die Mitglieder der vorberatenden Bildungskommission gegen Triponez' Ansinnen.

Ja, aber nicht hier

Die Verfassung sei nicht der richtige Ort, um diese Gleichwertigkeit festzulegen, sagte zum Beispiel die Grüne Ruth Genner (ZH). Triponez' Vorstoss sei ein «Schnellschuss», der das «Filetstück der Bildungsverfassung» erweitere – mit noch nicht absehbaren Folgen (siehe dazu Kasten). Die CVP-Politikerin Kathy Ricklin erklärte, mit seinem Vorstoss greife Triponez das Herz der Bildungsverfassung unnötig an. Auch Bildungsminister Pascal Couchepin warnte vergeblich vor einer Annahme. Man habe nun acht Jahre über der Vorlage gebrütet. Es sei nicht klug, im letzten Moment noch einen Zusatz aufzunehmen, hielt der Bildungsminister dem Vorstoss vergeblich entgegen.

Gegen Kantönligest

Der Nationalrat hat gestern einer Bildungsverfassung mit 152 zu 8 Stimmen deutlich zugestimmt. Mit der Bildungsverfassung soll ein einheitlicher «Bildungsraum Schweiz» entstehen, von der Grund- bis zu und mit den Hochschulen. Konkret bedeutet das, dass die Eckpfeiler wie zum Beispiel der Schuleintritt oder die Schuldauer gesamtschweizerisch festgelegt werden. In diesen abgesteckten Feldern können sich die Kantone aber immer noch frei bewegen. Trotzdem: Der Bund erhält mehr Kompetenzen als heute. Können sich die Kantone in wichtigen Grundsätzen nicht einigen, soll der Bund klärend eingreifen und Standards festsetzen. Obwohl damit die Kompetenzen der Kantone geschmälert werden, haben sich die kantonalen Erziehungsdirektoren für die Bildungsverfassung ausgesprochen. (yet)

